

442/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Franz Riepl und Genossen
an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales

betreffend *mehr Ausbildungsplätze für Lehrlinge*

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Maßnahmen von Regierung und Sozialpartnern getroffen, um den Jugendlichen die Chance auf eine Lehrausbildung zu ermöglichen und die Anzahl der Ausbildungsplätze in Österreich wieder zu heben.

Massive Entlastungen der Wirtschaft - wie beispielsweise die Streichung des Arbeitgeberbeitrages zur Krankenversicherung für Lehrlinge in den ersten drei Lehrjahren, die Streichung der Kommunalsteuer in ca. 400 Gemeinden, ein Steuerfreibetrag, usw. usf. - wurden zwecks Erhöhung der Ausbildungsplätze eingeführt. Erfolg: gleich Null ! Denn trotz der von der Wirtschaft immer geforderten Reformen hat sich die Zahl der Ausbildungsplätze in den der Wirtschaftskammer angehörenden Betrieben vermutlich noch weiter verringert.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen deshalb an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales nachstehende

Anfrage:

- 1) Wie hat sich die Zahl der Lehranfänger in jenen Betrieben, die den Wirtschaftskammern zugehörig sind 1999 im Vergleich zu 1998 und 1997 entwickelt?
- 2) Wie zeigt sich dieser Vergleich - aufgeschlüsselt nach Bundesländern und Sektionen (Gewerbe, Industrie, Handel usw.)?
- 3) Inwieweit haben die neuen Lehrberufe im Jahr 1999 - unter der Berücksichtigung, dass neue Lehrberufe auch die Ausbildung in bestehenden Lehrberufen verdrängen können (z. B. Gartencenterkaufmann statt Einzelhandelskaufmann) tatsächlich unterm Strich neue Lehrstellen gebracht?
- 4) Kam es durch die Förderungen der Unternehmen zu einer Steigerung der Ausbildungsplätze in den Betrieben der Wirtschaftskammer?
Wenn ja, in welchem Ausmaß?
- 5) Wenn nein? Wie wollen Sie dem gegensteuern, um diese wirtschaftsfreundlichen Reformen zu Lasten der Steuerzahler und der Beitragszahler im Sozialversicherungssystem zu rechtfertigen?